

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, Juni 2010

60. Jahrgang, Nr. 692

17. Juni bleibt wichtiger Bestandteil der Gedenkkultur

VOS an mehreren Veranstaltungen zur Würdigung des Volksaufstandes 1953 beteiligt

Traditionsgemäß fanden auch in diesem Jahr am 17. Juni zahlreiche Gedenkveranstaltungen zu Ehren der Opfer und Widerständler des Volksaufstandes von vor nunmehr 57 Jahren in der damaligen DDR statt. In Berlin legte im Namen der VOS unser stellvertretender Bundesvorsitzender Hugo Diederich einen Kranz nieder. In Darmstadt würdigte am Vorabend des 17. Juni 2010 eine Delegation der VOS-Landesgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz am Mahnmal für die Opfer des 17. Juni 1953 am Platz der deutschen Einheit in Darmstadt mit einem Blumengebinde die Ereignisse des Volksaufstandes. Hiermit verband sich eine ausdrückliche Danksagung an die Stadt Darmstadt für die Einlassung einer Gedenktafel zur Geschichte des 17. Juni 1953 (Foto). Die Tafel wurde zusammen mit einer Skulptur des Künstlers Hans Aeschbacher aufgestellt. Sie trägt eine Inschrift zu den Ereignissen des Volksaufstandes und charakterisiert dabei in Kürze, dennoch treffend die damals herrschende



Darmstadt: Platz der deutschen Einheit mit Skulptur und GEDENKTAFEL zum Volksaufstand vom Juni 1953

Unzufriedenheit der Massen mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der DDR, wobei der Text mit der Feststellung endet: Mit dem 17. Juni 1953 war die deutsche Teilung für lange Zeit festgeschrieben.

In Karlsruhe lud Kamerad Dr. Martin Hoffmann zu einem Vortrag über dieses

geschichtlich prägende Ereignis ein, und in Meinerzhagen (Sauerland) war Fg-Redakteur Alexander Richter von der Realschule des Rothestein-Schulzentrums zu zwei Vorträgen über die DDR-Diktatur eingeladen, wobei sich eine erfreuliche Beteiligung seitens aller Schüle-

rinnen und Schüler ergab und auch der Rektor der Realschule teilnahm.

Bundesweit bewiesen die Politikerinnen und Politiker der demokratischen Parteien ihre Aufgeschlossenheit zur Geschichtsaufarbeitung der SED-Diktatur und zur grundsätzlichen Anerkennung des damit verbundenen Unrechts. Neben Joachim Gauck waren Christine Lieberknecht, Hermann Gröhe, Wolfgang Thierse, Eberhard Diepgen und natürlich weitere namhafte Vertreter der Politik im Einsatz. *Tom Haltern*

Ehrenpension: Nun sind erste Verbesserungen im Gesetzentwurf geplant

Mit dem Rückenwind der geschichtlichen Ereignisse vom Juni 1953 im Nacken und den nachhaltig vorgetragenen Empfehlungen zur Verbesserung der Gewährungsmodalitäten für die Besondere Zuwendung für ehemalige politische Häftlinge der SBZ/DDR seitens der Betroffenen vor Augen hat der Bundestag seine mehrheitliche Zustimmung für einen Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Strafrechtlichen Rehabilitierung rückdatiert auf den 24. März 2010, erarbeitet. Auf dem engen Pfad der kleinen Schritte sind nun drei längst überfällige Änderungen vorgesehen, die zur Beseitigung einiger Ungerechtigkeiten beitragen. So soll Erwerbstätigen mit Kindern demnächst das Kindergeld nicht mehr auf das Einkommen angerechnet werden, wodurch sich hier eine deutlich günstigere Bemessungsgrundlage ergibt.

Klarheit, wenn auch keine wesentliche Verbesserung, wurde bei der Festsetzung der Haftzeit, aufgrund derer die Ehrenpension gewährt werden kann, geschaffen. Statt der bisher geforderten sechs Monate ist nun eine Haftzeit von 180 Tagen nachzuweisen. Damit wird die ominöse „Sechs-Monate-Debatte“ überflüssig, obschon auf die Forderung der Opfer, das Haft-Limit ganz abzuschaffen, nicht eingegangen wird. Aufgehoben soll nun auch die Gewährung der Ehrenpension für ehemals zu (zu) hohen Strafen verurteilte Kriminelle werden.

Immerhin beweist ein solcher Gesetzentwurf, dass die Opfer und Widerständler des SED-Regimes bei den Politikern nicht vergessen sind und es sich lohnt, für weitere Verbesserungen einzutreten. *B. Thonn*

Ende des Monats Juni soll die deutsche Nation einen neuen Bundespräsidenten bekommen. Wir als Verband der Opfer des Stalinismus haben die Ehre, in dieses Geschehen einbezogen zu werden, indem unser Kamerad Bernd Müller-Kaller aus dem Bundesland Sachsen als Ersatz-Kandidat für die Wahl nominiert wurde. Dass diese Nominierung einen beachtlichen Wert für uns hat, wird in dieser Fg-Ausgabe an anderer Stelle gewürdigt. Ich möchte jedoch hier vielmehr auf den überraschenden Rücktritt Horst Köhlers und auf die nunmehr aktuellen Kandidaten eingehen.

Horst Köhler, wie es auch mehrfach in der Fg zum Ausdruck kam, hat sich insbesondere in der Sache der Würdigung des Widerstandes, der in der kommunistischen Diktatur geleistet wurde, verdient gemacht. Er hat immer wieder Betroffene geehrt und damit die Tendenz fortgesetzt, die sein Vorgänger Johannes Rau, dem wir immerhin in großem Maße die Zusatzwertbriefmarke zum 50. Jahrestag des Volksaufstandes zum 17. Juni 1953 verdanken, einleitete, wenngleich Köhler vor vier Jahren zu einer Fürsprache für eine neuerliche Sondermarke (ohne Zusatzwert) zum 30. Jahrestag der Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz nicht zu bewegen war.

Horst Köhler hat vor allem dazu beigetragen, dass Schulklassen und Zeitzeugen der DDR-Diktatur aufeinander trafen und Wahrheiten direkt übermittelt wurden, er hat durch seine Besuche in der Opfergedenkstätte des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Berlin und durch die persönliche Verleihung von Bundesverdienstkreuzen an DDR-Opfer sichtbare Zeichen gesetzt und damit unmissverständliche politische Bekenntnisse abgelegt. Er hat damit die Bemühungen um eine gerechte Aufarbeitung der Geschichte des

SED-Unrechtsregimes sichtbar gestärkt. Durch diesen dankenswerten Einsatz hat er gegenüber den meisten Vorgängern Neuland betreten und bekam deshalb aus linken Kreisen hinreichend Gegenwind zu spüren. Ein Gegenwind übrigens, der jenen permanent ins Gesicht bläst, die sich seit Jahrzehnten in derselben Sache einsetzen und die dennoch nicht aufgeben, womit ich die VOS als Verband und auch jedes einzelne unserer Mitglieder meine.

Auf ein Wort des Redakteurs

Dass Horst Köhler so unversehens aufgegeben hat, wird diese Tendenz nach der Wahl eines neuen Bundespräsidenten nicht brechen, auch nicht schwächen, denn die beiden jetzt bereit stehenden Kandidaten haben ihre Bereitschaft zur wahrhaften Betrachtung der SED-Unrechtsdiktatur durch entsprechende Einsätze hinreichend unter Beweis gestellt. Dennoch hat Horst Köhler mit seinem vorzeitigen Rücktritt, vor allem der Sache der Geschichtsaufarbeitung keinen guten Dienst erwiesen. Sind es doch gleich wieder die Linken, die ihm Wankelmütigkeit und Dünnhäutigkeit vorwerfen und den von ihm beschrittenen Weg als falsch bezeichnen.

Auch für die Bundesregierung, die sich aufgrund der innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten ohnehin in keiner einfachen Situation befindet, könnte sich Köhlers Rücktritt kontraproduktiv auswirken. Zum einen wird das Ansehen von Frau Merkel, die an Köhlers Nominierung direkt beteiligt war, beschädigt, zum anderen ergibt sich durch die nunmehrige Aufstellung zweier respektabler Kandidaten, die trotz gleichen politischen Bekenntnisses zu Konkurrenten werden, eine unnötige Wettbewerb-Situation.

Sollte Christian Wulf scheitern, wäre dies ein Schlag, der die amtierende Bundeskanzlerin in eine schwere Krise stürzen würde. Und natürlich wünschen gerade wir als Opfer der DDR-Diktatur und als deren permanentes geschichtliches Gewissen, dass solche aufrechten, unangefochtenen Leute wie Joachim Gauck möglichst viel öffentliche Resonanz finden. Dies wäre ihm als Bundespräsident garantiert. Doch eine durch Gauck gewonnene Wahl würde die Niederlage Christian Wulffs bedeuten und womöglich die regierende Koalition vor wesentliche Entscheidungsfragen stellen, die letztlich auch die SED-Opfer benachteiligen könnte. Vergessen wir nicht, dass wir der jetzigen Bundeskanzlerin die Ehrenpension zu verdanken haben, die uns zuvor verweigert worden ist. Sollte es in absehbarer Zeit zu einem Regierungswechsel kommen, möglicherweise unter Beteiligung der Linken, werden wir nicht nur einen äußerst unangenehmen, rückwärtsgerichteten politischen Ruck erleben, wir haben dann auch wenig an weiteren Vergünstigungen zu erwarten.

Es ist daher unangebracht, dass innerhalb der Regierungskoalition eine Debatte geführt wird, der zufolge es richtiger sei, Joachim Gauck die Stimme zu geben. Solche Debatten bewirken großen Schaden. Egal, welche Verdienste wir dem vormaligen Chef der Bundesbehörde für die Unterlagen des ehemaligen MfS zumessen und wie bedingungslos wir ihn uns unter anderen Umständen als Bundespräsidenten wüssten. Um die Stabilität der politischen Verhältnisse Willen ist es erforderlich, dass sich Frau Merkel mit ihrem Kandidaten Christian Wulf durchsetzen wird.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

(FG/Stiftg) Am UNESCO-Welterbetag, dem 6. Juni 2010 bot die Gedenkstätte in der Potsdamer Leistikowstraße Führungen durch das sowjetische „Militärstädtchen Nr. 7“ an. Das Motto lautete „Zwischen Pfingstberg und Neuem Garten: Ein Gefängnis in der verbotenen Stadt“. Zentraler Punkt war das Gebäude Leistikowstraße 1 zwischen den sonstigen Villen. 1916 vom Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein erbaut, wurde es 1945 zum zentralen Untersuchungsgefängnis der militärischen Spionageabwehr bei der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland umgebaut. Hier wurden

Meldung in Kürze

bis etwa Mitte der 1950er Jahre vor allem deutsche, aber auch sowjetische Zivilisten sowie Angehörige der Roten Armee unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert, verhört und gefoltert. Danach diente es bis Mitte der 1980er Jahre ausschließlich als Gefängnis für sowjetische Militärangehörige. In den Führungen wurden die authentisch erhaltenen Gefängniszellen gezeigt, der Haftalltag beschrieben und einzelne Häftlingsbiografien vorgestellt.

Fazit: Die Führung sollte in möglichst kurzen Abständen wiederholt werden.

In dieser Ausgabe:

Volksaufstand von 1953

Gedenkfeiern, Kranzniederlegungen,
Erinnerungen Seiten 1, 8, 9, 11

Titelseite: Erste Schritte zur weiteren Verbesserung der Ehrenpension

Redaktionsthema:

Bundespräsidentenwahl: die Zwickmühle 2

Buchenwald:

Erstes Miteinander der Häftlinge beider Diktaturen/Vor 65 Jahren Speziallager gegründet 4

Jugendliche beeindruckt und dankbar

Wurzener Schulklassen besuchen Opferstätte 5

Der Unrechtsstaat und seine Wurzel

Es geht nicht nur um juristische Belange 5

Im Glauben und in der Gemeinschaft gelitten

VOS-Gruppe diskutiert über die Verfolgungsmaßnahmen gegen die Zeugen Jehova 6

Der Name VOS – Änderung wäre sinnvoll

Eine Meinung zum Vorschlag in Fg 691 7

Opferrente: Bitte auch an die Hinterbliebenen denken

Ein Schreiben an den Petitionsausschuss 7

Opfer in die Ecke gestellt

Über die Deckelung von Rentenansprüchen 7

17. Juni 1953: Es endete mit zahlreichen Toten

17. Juni – Gedenken mit Berliner Spitzenpolitikern

VOS-Vertreter Seite an Seite mit Woweroit/Kranzniederlegung in Berlin-Charlottenburg

Mitglieder des VOS-Landesverbandes Berlin-Brandenburg haben am Rande der Gedenkfeier zum 17. Juni in der Hauptstadt den Regierenden Bürgermeister getroffen. Der SPD-Politiker sicherte den Opfern weitere Unterstützung zu. Der stellvertretende VOS-

Zweiter Teil des Fortsetzungsberichtes unseres
Zeitzeugen Hans-Joachim Kögel 8 – 9

Unerbittliche Waffenbrüder

Was „Grenzverletzern“ in anderen Ostblockstaaten widerfuhr 10

Verherrlichung des Sozialismus‘ nicht mehr erlaubt

Ungarn stellt Symbolkult unter Strafe 10

Dieser Vorschlag ist eine Zumutung

Linke schlägt Jochimsen als Bundespräsidentin vor 10

Verteilung der SED-Gelder vernünftig regeln

Ewald Kurbiuhn beim Bautzen-Forum 11

- Verstorbene, 3, 11

- Impressum, Mitteilungen 11, 12

Spender für die VOS: Günther Nollau, SG Lahr-Christine Götz, Wigand Dannemann, Marilene Bornemann, Heinz Baumann, Günter Rößger, Karl-Heinz Porzig, Erika und Manfred Wiese, Dr. Martin Hoffmann, Edda Schönerherz, Reinhard Golde, Barbara und Hartmut Schlott, Sabine und Gerhard Bohne, Margarete und Albin Lichy, Helge und Hans-Joachim Keferstein, Gerhard Kalitz, Waltraud Dammköhler, Kurt Boldt, Kurt Dietz, Ilse Schneider, Edgar Wollscheit, Manfred Rohde, Bernd Schnabelrauch, Karin und Rudolf Tanz, Rainer Buchwald, Karl-Heinz Noack, Kurt Liebert, Helmut Günther, Wolfgang Altmann, Harald Ruschin, Rudi Ernst, Rosemarie und Horst Badock, Herta Lahne, Paul Winterfeld, Manfred Grünert, *Allen hier genannten einen ganz besonders herzlichen Dank. Bundesvorstand und Redakteur.*



Bundsvorsitzende Ronald Lässig betonte die Bedeutung einer politischen Würdigung des Einsatzes für Freiheit und Selbstbestimmung für die Betroffenen gerade am 17. Juni. „Das hat der Regierende Bürgermeister heute mit eindrucksvollen Worten getan“, so Lässig. „Viele Forderungen der Opfer sind jedoch

noch nicht erfüllt. Deshalb werden wir als größter SED-Opferverband die Lobbyarbeit im politischen Raum weiter ausbauen.“ Insbesondere bei der Opferrente seien Nachbesserungen erforderlich. Die 6-Monatsfrist müsse fallen, die Bedürftigkeitsprüfung ebenso. Auch die berufliche Rehabilitation ehemaliger politischer Häftlinge müsse zu deren Gunsten geändert werden, insbesondere eine Beweislastumkehr sei erforderlich.

Mit einer Schweigeminute haben VOS-Vertreter am 17. Juni in Berlin an den Volksaufstand in der DDR erinnert. Sie legten am Denkmal für die Opfer des Stalinismus am Berliner Steinplatz traditionsgemäß einen Kranz nieder. «Wir verneigen uns heute vor den Menschen, die im Kampf für Freiheit und Selbstbestimmung am 17. Juni vor 57 Jahren ihr Leben in der Diktatur verloren haben», sagte Vize-Bundsvorsitzender Hugo Diederich. «Öffentlich wollen wir ein Zeichen insbesondere für die junge Generation setzen.» Die Verbrechen, die in der DDR von Staats wegen begangen worden seien, dürften nicht in Vergessenheit geraten, betonte Diederich. Demokratie sei „nicht selbstverständlich.“ *R. Lässig*

Von Buchenwald gehe ich erstaunt und froh

Häftlingstreffen am 6. Juni zeigt deutliche Tendenz zur Annäherung der Opfergruppen

Noch einmal treffen wir uns in Buchenwald, diesem Schicksalsort der Deutschen - vielleicht ein letztes Mal, denn viele sind schon über achtzig Jahre alt.

Es ist ein warmer sonniger Junitag. Eher ungewöhnlich an einem sonst unwirtlichen Leidensort. Die Thüringer Landesregierung hat eingeladen. Der Anlässe sind zwei: Vor 65 Jahren wurde das Sowjetische Speziallager im NS-Konzentrationslager eröffnet und vor sechzig Jahren wurde das Lager (1950) geschlossen.

Mit gemischten Gefühlen fahre ich nach Buchenwald. Aber ich werde von einer Entwicklung, die sich offensichtlich in den vergangenen Jahren hier vollzogen hat, angenehm überrascht. Sowohl der Vorsitzende des Stiftungsbeirates Günter Rudolph, als auch Prof. Dr. Knigge, der Stiftungsdirektor der Gedenkstätte, sprechen von den anfänglichen Differenzen, dem darauffolgenden Lernprozess und dem heutigen gegenseitigen Verständnis. Wie schön, denke ich, dass sie sich nun verstehen.

würdelosen Verwahrung bis zum würdelosen Verscharren der Toten, von der Verweigerung elementarer Menschenrechte bis zur totalen Rechtlosigkeit.

In einer Pause frage ich Günter Rudolf noch einmal: „Stimmt es tatsächlich so, mit dem gegenseitigen Verstehen?“

Er bestätigt es mir. Und das Verhältnis zu den NS-Opfern? Auch das sei vom Verstehen geprägt, nur mangle es an häufigen Gelegenheiten.

Der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Christoph Matschie, betonte ausdrücklich: „Die Geschichte der Sowjetischen Spezial-Lager wird nicht mehr vergessen.“

Auch die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht erinnerte noch einmal an die verlorene Menschenwürde in jener Zeit und mahnte nachdrücklich, Menschenwürde sei Ausgangspunkt für alles andere – aber Freiheit falle einem eben nicht von selber zu.

Grenze. „Die letzten hundert Meter gingen wir zu Fuß“, sagt Werner, „dann erst waren wir frei.“

Von Buchenwald gehe ich erstaunt und froh. Kann Buchenwald ein Zeichen sein – für ein Miteinander, für einander zuhören, für einander akzeptieren, für einander verstehen und für Menschenwürde im Besonderen?

Übrigens nahm auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der VOS Hugo Diederich an der Veranstaltung teil.

Bernd Müller-Kaller (Text u. Foto)

Günther Rudolph im Fokus der Medien

Erfreulicherweise nahmen auch die Medien Notiz von dem Gedenken an die Eröffnung des Speziallagers Buchenwald vor 65 Jahren. So brachte das Fernsehen des MDR einen Beitrag, in dem die Schilderung der geschichtlichen Fakten deutlich erfolgte. Auch Opfer kamen hier zu Wort, die auf den Tod ihrer unschuldigen Kameraden hinweisen konnten.

In der Magdeburger Volksstimme wurde ebenfalls berichtet. Dies geschah hier ausführlich und am Beispiel von VOS-Kamerad Günther Rudolph, der 1948 als Achtzehnjähriger aus dem Speziallager Mühlberg in einem Viehwagon nach Buchenwald gebracht wurde. Bis 1950, als das Lager Buchenwald aufgelöst wurde, wurde Günther Rudolph hier festgehalten. Später absolvierte er ein Jura-Studium und arbeitete als Jurist in Hessen. Als schwerste Belastungen nennt Rudolph den Hunger, die Kälte und die Krankheiten und Seuchen, denen man wehrlos gegenüber stand. Vor allem der strenge Winter von 1946 zu 1947 bedeutete für viele Inhaftierte den Tod.

Mit Anerkennung wird die Arbeit von Professor Volkhard Knigge hervorgehoben, der erheblich zur Aufarbeitung der Geschichte und zur Aufklärung der Schicksale, insbesondere vieler nach 1945 inhaftierter junger Menschen beigetragen hat. Knigge nennt das Lager-system menschenverachtend, aber er bezeichnet es nicht als Tötungssystem wie Auschwitz. *T. H.*



Blumen und Schleifen für die Opfer beider Diktaturen in der Gedenkstätte Buchenwald.

Verstehen heißt einander zuhören und aufeinander hören. Verstehen heißt, einander als Partner zu akzeptieren. Prof. Knigge spricht die ehemaligen überlebenden Speziallager-Häftlinge mit warmherzigen Worten an, sagt: „Das Herz ist mir aufgegangen ...“ - und lässt seine Rede münden in die Feststellung, dass es im Kern um Menschenrechte und Menschenwürde gehe. Beides sei in der Sowjetdiktatur mit Füßen getreten worden, von der

Wie wahr! Schon Paulus mahnte seine Christen: „Zur Freiheit hat euch Christus befreit, bleibt daher fest und lasst euch nicht von neuem das Joch der Knechtschaft auferlegen.“

Ich sprach auch mit Werner Sauerzweig: Er, wie viele andere blieben fest bei der Entlassung aus dem Lager 1950. Sie gingen in den Westen. Man kleidete sie mit Anzügen aus der HO ein und fuhr sie mit dem Bus bis hinter Eisenach an die

Konfrontation mit der schrecklichen Geschichte dieses Gefängnisses

VOS-Vertreter begleiten Wurzener Schulklassen durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen

Am Montag, dem 12. April besuchten die zehnten Klassen des Magnus-Gottfried-Lichtwer-Gymnasiums in Wurzen auf Einladung der Bezirksgruppe Wurzen der Vereinigung Opfer des Stalinismus die Stasi-Opfer-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen. Begleitet wurden die Klassen von Herrn Starke, Herrn Radigk und Herrn Brix von der VOS.

Der Oberbürgermeister von Wurzen, Herr Röglin, gab den Schülern nachdenkliche Wort mit auf die Fahrt, die um sieben Uhr begann.

Um elf Uhr im ehemaligen Gefängnis der Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen angekommen, wurden die Jugendlichen

durch drei Zeitzeugen für zwei Stunden mit der schrecklichen Geschichte dieses Gefängnisses konfrontiert. So berichtete Edda Schönherz, eine ehemalige Journalistin und selbst Insassin des Gefängnisses, über ihre persönlichen Erlebnisse in der Haft. Sie führte Schülerinnen und Schüler durch das „U-Boot“, in welchem die Gefangenen in schwarzen Gummizellen und Dunkelkammern eingesperrt und auf grausame Art gefoltert wurden.

Weiter ging die Führung durch die Gefängnistrakte, in denen die Gefangenen einsam und allein vegetierten und nicht wussten, wo sie sich befanden und was mit ihnen

passieren würde.

Die Methoden, die von den Wärtern bei den Häftlingen angewandt wurden, und alles andere, was wir über die Bedingungen in der Haft erfuhren, halten die Schülerinnen und Schüler für unmenschlich und für nicht nachvollziehbar.

*Sophia Zerbs,
Lydia Binkenstein*

Wir, die Schülerinnen und Schüler der zehnten Klasse, möchten uns bei der VOS-Bezirksgruppe Wurzen, bei der Stiftung und der CDU der Stadt Wurzen bedanken, die uns diese kostenlose Fahrt und den Besuch der Stasi-Opfer-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen ermöglicht haben.



Den Unrechtsstaat kann man nicht wegdiskutieren

Die DDR war vom Anfang bis zum Ende auf Unrecht und Willkür gegründet

Die falschen Behauptungen und Herangehensweisen hören niemals auf, wenn es darum geht, die DDR auch nur ein bisschen im Licht der Demokratie zu betrachten. Dass sie ein Staat war, der auf Unrecht und Unfreiwilligkeit gegründet wurde, ist einfach eine Tatsache. Mag sein, dass in den Jahrzehnten ihres Bestehens Formen von Rechtsstaatlichkeit und eine Annäherung an die Ordnung demokratischer Staatsformen betrieben und formal sogar erreicht wurde.

Dennoch ist die DDR nur entstanden, weil dies nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges durch das Stalin-Regime verordnet und mit militärischen Mitteln durchgesetzt wurde. Sie war ein mit entscheidender Trumpf im Poker um die europäische Herrschaft. Die DDR wurde so organisiert und aufgebaut, so regiert und vor allem dirigiert, wie die sowjetischen Kommunisten das wollten. Die Festschreibung der führenden Rolle der SED in der Verfassung ist ebenso wie das Bekenntnis ewiger Bündnistreue zum Sowjetstaat ein klarer Be-

weis der Abhängigkeit vom militärisch dominanten Überorgan mit Sitz in Moskau. Nur ein geringer Anteil in der Bevölkerung stimmte mit den Zielen und Inhalten der Verfassung und mit der Ideologie der SED, das unbestritten ein Ensemble von Moskauer Vasallen war, überein. Wäre die Situation eine andere gewesen und hätte sich das Politbüro der Zustimmung der Bevölkerung sicher sein können, so hätte es in der DDR nicht der bis ans Ende praktizierten Wahl-Farce bedurft. So jedoch wusste man um die abweichende Meinung der großen Mehrheit und ordnete die viel bespotteten Proforma-Wahlen an und konnte sich letztlich nicht mal mehr anders helfen, als deren Ergebnisse zu fälschen.

Vergleicht man die DDR-Diktatur mit der des Dritten Reiches, so fällt auf, dass in der NS-Diktatur das Unrechtsregime durch ein mehrheitliches Wahlergebnis, obschon nur eine Wahl stattfand, an die Macht kam. In der DDR jedoch gab es niemals freie Wahlen. Darauf gründet sich ein umfassendes Unrecht. A. R.

Trotz großer Leiden während der Inhaftierung des Mannes kein Anspruch auf Opferrente?

Lisbeth Krause aus Berlin schreibt wegen eines grundsätzlichen Problems an den Petitionsausschuss des Bundestages

☒ Mein Mann wurde 1946 vom russischen NKWD zu zehn Jahren Straflager verurteilt. Diese Strafe wurde von der russischen Militärhauptstaatsanwaltschaft rehabilitiert.

Ich, Lisbeth Krause geb. Scheibe, war aber mit meinem Mann seit dem 2. November 1944 verheiratet. Durch diese Haftstrafe bekam ich in der ehemaligen DDR keine Arbeit als Kindergärtnerin. Ich wurde in eine Weberei eingewiesen, hier wurde ich von meinen Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen als „Nazi-Schwein“ beschimpft und ich wurde vom NKWD immer wieder zu Vernehmungen geholt.

Nur mit Mühe und Not bin ich einer Haftstrafe entgangen. Immer wieder versuchte ich eine Arbeit aufzunehmen, aber immer wieder hieß es, Angehörige von politischen Häftlingen werden nicht angenommen. Erst die evangelische Kirche hat mich aufgenommen und mir eine Arbeit zugewiesen.

Mein Mann erhält für seine Haftzeit 250 Euro Opferpension. Er hat nun ein Alter von 90 Jahren erreicht und musste auf Grund seiner Krankheit in eine Seniorenanlage eingewiesen werden.

Zu meiner Frage nun: Bei den NS-Opfern erhalten auch Hinterbliebene eine kleine Rente. Wenn ich eines Tages allein im Leben stehe, müsste ich doch etwas von den 250 Euro abbekommen. Diese Zeit von 1946 bis 1950 ist bei mir auch nicht spurlos vorbegegangen, hier habe ich sehr gelitten.

Lisbeth und Günter Krause

Anm.d. Red.: Die Autorin des Leserbriefes drückt damit aus, was viele von uns bewegt.

Über einen neuen Namen für den Opferverband kann man durchaus einmal nachdenken!

Eine Reaktion auf den Beitrag von Wolfgang Stiehl in Fg 691

Dem von Kamerad Wolfgang Stiehl vorgelegten Entwurf zu einer Neu- oder Umbenennung der VOS halte ich aus folgenden Gründen für sinnvoll:

1. Die traditionell gewachsenen Werte unseres Verbandes bleiben durch die entsprechende Grafik erhalten.
2. Die Bezeichnung „... von Gegnern und Opfern“ halte ich für sehr wichtig, da der Widerstandscharakter verdeutlicht wird. Zusätzlich wäre es nur konsequent, wenn sich der Verband dem antikommunistischen (nicht inhaftiert gewesenen) Nachwuchs öffnen würde.
3. Auf keinen Fall sollten Bezeichnungen wie Realsozialismus oder Kommunismus in den Namen aufgenommen werden. Dadurch könnte zumindest eine theoretisierende Anerkennung dieser Ideologien unterstellt werden.

W. Schmidt, Berlin

Fallen DDR-Opfer unter das Rentenüberleitungsgesetz?

Viele offene Fragen und Fehler bei der Rentenermittlung führen zu Benachteiligungen

Wir sind nicht die Einzigen, die nach 1937 geboren sind und bei denen die „alten“ DDR -Erwerbszeiten 1990/92 ungesetzlich vom Bundessozialministerium auf Hilfsarbeiterniveau (0,7 Punkte) gesenkt wurden. Wir haben ein verbrieftes Recht – so auch MdB Ottmar Schreiner – als eingebürgerte Bundesbürger vor dem Mauerfall (!) die hochgerechnete Altersrente nach FRG zu beziehen.

Viele Betroffene und Kameraden schauen vielleicht gar nicht in die „Rentenklärungen“ und entdecken das Kürzel „SV“ (Sozialversicherung DDR) nicht. Der Schreck kommt dann, wenn der Rentenbescheid eintrifft. So kriegen nachweislich Kameraden (und Mitglieder der IEDF.de) zwischen 100.- und 600.- EURO monatlich weniger Rente. Der Verein IEDF.de hat viele Briefe von Abgeordneten erhalten, die uns bestätigen, dass unser Personenkreis nie unter das RÜG (Rentenüberleitungsgesetz für Beitrittsbürger) gefallen ist, zu keiner Zeit.

Im gleichen Atemzug erstritt die DDR-Systemträgerschaft die höheren Renten infolge der 23 beitragslosen Zusatzversorgungen der DDR für ihre Eliten vor dem BGH. Eine Schande. Hatte die letzte frei gewählte Volkskammer für diesen Personenkreis nur eine Mindestrente gesetzlich beschlossen? Wurde das in den im Schnellverfahren erstellten „Einigungsvertrag“ denn übernommen? Einmalig: Beitritt einer Diktatur zu Deutschland!

Es betrifft hundertausende ehrliche „Andersdenkende“ (Geburtsjahrgänge ab 1937), die vor einem künstlich erfundenen Stichtag ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik hatten. Als Stichtag wurde der 9.11.1989 festgesetzt, richtig gewesen wäre jedoch der 15.05.1990.

Wir als Betroffene betreiben schon länger enorme Aktionen in der Politikarena, in der Presse und im Fernsehen zu diesem Rechtsbruch. Es gibt genügend Dokumente, die beweisen, dass wir Ausgereisten, Flüchtlinge, Freigeverkaufte, Grenzdurchbrecher nur das fordern, was uns die Bundesregierung versprochen und amtlich zusicherte: Altersrente der DDR-Erwerbszeiten nach FRG!

Das hat man uns auch in Gießen zugesprochen; den Status „Sowjetzonenflüchtlinge“ gibt es noch, auch jenen Ausweis „C“, auch wenn der nur die politische Motivation des DDR-Verlassens nachweist. Wir sind nicht wegen Bananen oder schönen Autos raus! Es gab da für C-Inhaber bis etwa 1990 Möglichkeiten, Hilfen in Anspruch zu nehmen. Bescheid erteilen darüber die immer noch existierenden "Ausgleichsämter" der Länder. Über den Flüchtlings-Ausweis "C" habe ich auch auf DDR- Ausreise.de/Unterseite Dokumente geschrieben. Zum Thema „Rentenraub – erneute Enteignung?“ sind Dokumente und Broschüren beim Vorstand des Vereins IEDF.de (Flucht- und-Ausreise.info) erhältlich. Es werden alle Anfragen gern beantwortet. Heute stellt man uns in die Ecke, wieder werden wir diskriminiert, ausgegrenzt, enteignet. Behörden stellen sich unwissend oder Ämter antworten mit immer gleichen Textbausteinen. Wir waren am Stichtag keine „Beitrittsbürger“. Zu leiden haben daher nun vor allem die Menschen, die eine größere Zahl an Jahren in der DDR gearbeitet haben, aber viele Jahre auf die Ausreise warten mussten und deshalb teils auch relativ spät vor dem Mauerfall den SED-Unrechtsstaat verlassen durften.

Fritz Schaarschmidt, VOS-Mitglied

Verfolgt und diskriminiert in beiden Diktaturen

Bezirksgruppe der VOS diskutiert über das harte Schicksal der Zeugen Jehova

Am 25.05.2010 wurde in der Thüringer Allgemeinen ein Artikel mit dem Titel „In der Haft physisch gebrochen“ veröffentlicht. Diesen Beitrag nahm die VOS - Bezirksgruppe Arnstadt/Gotha zum Anlass, sich in der jüngsten Versammlung auch mit dem Schicksal der Gemeinschaft „Zeugen Jehova“ auseinanderzusetzen, deren Mitglieder vielfach sowohl in der NS-Zeit wie in der SBZ/DDR verfolgt wurden.

Wir halten es für ausgesprochen gerecht, wenn im Zuge der Aktion „Stolpersteine in Ilmenau“ auch an die Opfer der Glaubensgemeinschaft Zeugen Jehovas gedacht und erinnert wird. Auf diese Weise werden nachwachsende Generationen, die den nationalsozialistischen Terror und seine Folgen nicht mehr erlebt haben, davor gewarnt, Neonazis und ihren Ideen auf den Leim zu gehen. Allerdings sollte in diesem Zusammenhang auch nicht außer Acht gelassen werden, dass besagte Zeugen Jehovas auch in der DDR verfolgt wurden, wobei sich eine Relativierung der Verbrechen der zweiten Diktatur in der jüngsten Geschichte Deutschlands von selbst verbietet.

„Die Konfrontation zwischen Kommunismus und der christlichen Religion war schon bei Karl Marx angelegt und hat sich im Zuge der Dogmatisierung und des Gebrauches der kommunistischen Ideologie zur Legitimation praktischer Politik noch verschärft. Mit dem Entwurf einer neuen, vom Elend befreiten Welt, erhoben die Kommunisten selbst religiösen Anspruch. Diese kommunistische Mission konkurrierte mit den Verheißungen und Erwartungen der christlichen Religion. So wurde die Religion zum doppelten Schicksal des politischen Marxismus. Einerseits nahm er selbst quasi religiöse Gestalt an, wie er andererseits auf eine Gegenposition gegenüber dem Religiösen fixiert blieb. Die politische Religion, besser der Pseudoreligion der Kommunisten, ließ sie glauben, das Weltgericht an ihren Feinden vollziehen zu müssen.“ So schrieb Ehrhard Neubert im Vorwort zum Buch „Im Visier der Stasi – Jehovas Zeugen in der DDR“ von Gabriele Yonan, die ihr Buch am 13. Dezember 2001 im Erfurter Haus Dächeröden vorstellte. Hier das Zitat eines Augenzeugen aus ihrem Buch (S 334, Anm. 23). Meta Kluge erinnerte sich an ihre Zellengenossen Martha Knie, die an Tuberkulose erkrankte und am 13. Oktober 1953 verstarb, wie folgt: „Lina rappelte sich von ihrer Pritsche hoch. Einer ihrer Holzschuhe war darunter geschoben. Martha bückte sich, um ihn hervor zu holen. Aber im selben Augenblick schrie sie auf und krümmte sich. Aschfahl im Gesicht, warf sie sich auf den Strohsack, wo sie sich stöhnend den Leib hielt. Ich glaubte, dass Martha von einem Krampf befallen sei und der Schmerz vorüber gehen würde, aber es wurde immer schlimmer. Ich zog die Klappe, um die Wachtmeisterin herbei zu rufen. Die war jedoch unten auf dem Hof und hielt die Freistunde ab, Ich hämmerte mit dem Holzschuh gegen die Tür. Nach längerer Zeit erschien eine Wachtmeisterin, Sie fauchte mich an, als ich den Vorfall meldete. Es vergingen Stunden, Martha wälzte sich vor Schmerzen auf ihrem Lager und schrie und schrie. Ich schlug erneut heftig gegen die Tür. Zwei Wachtmeisterinnen erschienen und schimpften. Dann kamen sie mit

einem Arzt. Er fragte, ohne Martha zu untersuchen, ob sie Gallensteine hätte und gab ihr ein schmerzstillendes Zäpfchen. Danach schlief Martha für kurze Zeit ein, Jetzt begann sie wieder zu stöhnen und zu schreien. Hohes Fieber und Schüttelfrost setzten ein, es wurde eine schlimme Nacht, die wir mit ihr durchmachten. Den ganzen folgenden Tag wimmerte sie vor Schmerzen und das Fieber ließ nicht nach. Sie versank in Apathie, Kein Arzt ließ sich blicken, und keine Hilfe kam, so sehr ich mich auch bemühte. Martha lag einfach und verkam. Ungefähr eine Woche später setzte eine leichte Besserung ein, und das Fieber wich. Sie hustete viel und hatte Auswurf ... Martha hatte auch noch Tuberkulose. Niemand wäre bei Marthas bisherigem Aussehen auf diesen Gedanken gekommen! Damit war es jetzt vorbei. Martha kam mühsam wieder hoch, aber das war nur noch von kurzer Dauer. Sie konnte nicht essen und magerte zum Skelett ab. Das herrliche, lange schwarze Haar wurde dünn und glanzlos, die Haut wachsgelb wie bei einer Toten. Das ging so einige Wochen. Als sie eines Tages an der Ambulanz wartete, um zum Arzt vorgelassen zu werden, brüllte die Wachtmeisterin sie an, sie solle sich fortschere, sonst würde sie ihr drei Wochen Bunker verpassen, Martha schlich sich in die Zelle zurück und legte sich wieder hin. Es war Winter geworden und wieder wurde eine Verlegung durchgeführt. Wir kamen in einen anderen Trakt und wurden getrennt. Dort steckte man die Todkranke in eine nasse Zelle, neben dem Spülraum. Martha stand nicht mehr von ihrem Lager auf. Endlich verlegte man sie in die provisorische Krankenzelle. Dort vegetierte sie bis zum Frühsommer hin. Sie war schon ohne Bewusstsein, als am 17. Juni 1953 der Volksaufstand begann und das Staatsgefüge in gewaltige Schwankungen versetzte. Dieses Beben erschütterte besonders die Vollstrecker des Strafvollzugs, die sich flugs bemühten, den Gefangenen ihre Solidarität zu versichern. Dadurch wehte einige Tage ein humaner Wind, der zur Folge hatte, dass Martha jetzt in ein Haftkrankenhaus überführt wurde. Später erfuhren wir, dass man noch versucht hatte, Martha zu operieren. Dazu war es jedoch längst zu spät. Martha starb. Neun Jahre KZ hatte sie überstanden. Hier genügten weniger als drei Jahre, um ihr Leben zu beenden.

In der DDR gab es 1949 etwa 17.000 Mitglieder der Zeugen Jehovas. Zunehmend gerieten sie in die Überwachung und Kontrolle der politischen Polizei K 5 und des Ministeriums für Staatssicherheit, das 1950 gegründet wurde. Manches Jahr waren 400 bis 1000 Mitglieder der Glaubensrichtung in Haft. Es gab 1949 bereits Urteile mit „Lebenslänglich“, nachdem man bereits vor 1950 begonnen hatte, den Status - Opfer des Faschismus - für Verfolgte zur Nazizeit abzuerkennen.

In unserer Bezirksgruppe der Opfer des Stalinismus erinnern sich ehemalige Häftlinge an verurteilte Zeugen Jehovas, die, wie Martha Knie, bereits in der Nazi-Zeit viele Jahre ihres Lebens im KZ verbrachten. Um der Gerechtigkeit willen sollte man auch diese zu Unrecht verurteilten Menschen aus der SBZ/DDR nicht vergessen.

Werner Nöckel

Was so hoffnungsvoll begann, endete mit 55 Toten

Hans-Joachim Kögel erinnert sich als Zeitzeuge in Weißenfels an den Volksaufstand im Juni 1953

Am 17. Juni jährte sich zum 57. Mal das Datum, auf das der Volksaufstand vom Juni 1953 festgeschrieben ist. Die Erinnerung und das Gedenken spielten in den Zeiten der deutschen Teilung eine wesentliche Rolle für das Streben nach Demokratie und Einheit. Während durch die VOS auch in diesem Jahr wieder an vielen Städten der Opfer und des Widerstands an jene historisch bedeutsamen Ereignisse gedacht wurde, hat Kamerad Hans-Joachim Kögel, damals wegen staatskritischer Äußerungen nach Weißenfels an die dortige Sparkasse zwangsversetzt, in einer Fortsetzungsreihe seine persönlichen Erinnerungen an jene stürmischen Tage für die Fg aufgeschrieben. Bereits in der vorigen Ausgabe wurde der erste Teil davon abgedruckt. Hier wurde geschildert, wie die aufgebrachten Massen durch die Straßen von Weißenfels zogen und ihre Forderungen und Proteste gegenüber den SED-Gremien zum Ausdruck brachten. Lesen Sie nachstehend die Fortsetzung.

Auf dem Marktplatz hatte sich bereits eine große Menschenmenge eingefunden. Vom Rathausbalkon informierte die inzwischen gebildete Streikleitung über die Vorgänge in Berlin. Sie rief auf, weitere Betriebsdelegierte in die Streikleitung zu wählen. Von meinen anwesenden Kolleginnen und Kollegen angesprochen, erklärte ich mich dazu bereit.

Bevor ich durch die dicht gedrängt stehenden Demonstranten das Rathaus erreichte, wurden von oben die Streikziele bekanntgegeben.

Anschließend wurde zur Teilnahme an der Befreiung aller politischen Gefangenen aus der Haftanstalt Weißenfels und zum Protestmarsch durch die Stadt aufgerufen.

Um das Gefängnis staute sich der Strom der Demonstrierenden. Alle Gefängniswärter waren verschwunden und alle Tore verschlossen.

Arbeiter der Weißenfelser Schiffskettenfabrik TEWA öffneten das rückseitige Eisentor. Aus den vergitterten Fenstern riefen die Inhaftierten um Hilfe und nannten dabei ihre Namen.

Auf dem Höhepunkt der Befreiungsaktion bahnte ein Trupp Rotarmisten mit vorgehaltenen Kalaschnikows einem Offizier den Weg durch die Menge. Der Offizier befahl die sofortige Beendigung der Gefangenenbefreiung, da aus Ostberlin die Meldung eingegangen sei, dass man den Streikforderungen bereits nachkommen würde.



Der Sowjet-Offizier, heute als gutmütiger Komparse am Brandenburger Tor in Berlin, der sich zum Gaudi der ausländischen Touristen mit einem amerikanischen Kollegen fotografieren lässt und damit der wirklichen Geschichte von viereinhalb Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft einen völlig falschen Anstrich gibt. Damals, 1953, verantwortlich für die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes, den Tod zahlreicher Menschen und die Inhaftierung vieler Widerständler. Aber auch verantwortlich für die Verhinderung von Demokratie und Einheit in Deutschland. (Foto: A. R.)

Nachrückende Rotarmisten holten Volkspolizisten aus dem gegenüberliegenden Polizeigebäude heraus, die sich dort verschanzt hatten. Sie mussten einen Doppelkordon

über die Straße zum Gefängnis bilden, um uns abzudrängen. Zugleich wurden Maschinengewehre in Stellung gebracht. Als die Nachricht von anrückenden Panzern kam und auch schon Verhaftungen erfolgten, brach unser gewaltloser Aufstand zusammen. Jeder versuchte der Verhaftung zu entgehen und nicht in das Schussfeld der MG's und Kalaschnikows zu geraten.

Inzwischen war auch „Kasernierte Volkspolizei“ mit schussbereiten Karabinern zur Verstärkung herangezogen worden. Sie unterstützten die sowjetischen MG-Schützen und beobachteten entlang der Naumburger Straße die sich zerstreuen Demonstranten.

Der Volksaufstand, der so hoffnungsvoll begann, forderte insgesamt 55 Tote und über 17.000 verhaftete Demonstranten. Es war die erste Volkerhebung im ganzen Ostblock gegen kommunistische Diktatur und Tyrannei. Er hatte die gesamte SED/Stasi-Clique in Angst und Schrecken versetzt. Jahrelang forschte die Stasi nach „Rädelführern“.

Drei Tage danach ordnete der „Freie Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)“ einen Bußmarsch aller Weißenfelser Betriebe zur sowjetischen Ortskommandantur an. Wegen des verursachten Produktionsausfalles wurde er auf den freien Samstagmittag festgesetzt.

In vielen Städten wurden, wo räumlich möglich, die SED-Parteibüros und die Behörden von FDGB und der Volkspolizei in einen Stadtteil zusammengezogen, die Volkspolizei wurde fortan stärker bewaffnet.

In den Haftanstalten wurde die „Belegungszahl“ der Zellen durch Einbau von Holzpritschen fast verdoppelt und die Zellenfenster wurden durch eine Doppelreihe von Glasbausteinen ersetzt. → Seite 9

Der Fortsetzungsbericht in der Freiheitsglocke: der Volksaufstand vom Juni 1953

Nach der großen Verhaftungswelle nahm ich wieder Kontakt zum Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ) auf, einer Beratungsstelle geflüchteter ehemaliger DDR-Juristen, der später vom Gesamtdeutschen Ministerium übernommen wurde und Unrechtsfälle in der DDR sowie Stasi-Spitzel registrierte.

Am Morgen des 20.09.1955 wurde ich dann auf dem Wege zur Sparkasse angehalten und von vier bewaffneten Stasi-Schergen ungeachtet meines Protests auf den Rücksitz eines heranfahrenden „Wartburgs“ gestoßen und nach Halle zur SED/Stasi-Bezirkszentrale transportiert. Eingesperrt in eine stockdunkle, feuchtnasse Kellerzelle, wurde ich zweimal zum Verhör vor ein mit vier deutschen und einem russischen Geheimdienstler besetzten Tribunal im oberen Kellerbereich gebracht und am Abend in den berüchtigten Gestapo/Stasi-Kerker „Roter Ochse“ transportiert. Kaum hatte sich die Zellentür hinter mir geschlossen, wurde mir Schreibpapier herein gegeben, auf das ich die Namen und Anschriften aller Freunde und Bekannte schreiben musste, aber lückenlos, wenn ich mir große Unannehmlichkeiten ersparen wollte.

Nach drei Tagen begannen die oft stundenlangen Verhöre. Alle Verhöre drehten sich um den 17. Juni und meinen Besuch beim UfJ, der ihnen bekannt geworden sein musste. Als ich feststellte, dass sie keine Einzelheiten kannten, blieb ich bei meiner Aussage, dass ich am Volksaufstand teilgenommen hatte, wie Hunderttausende auch und beim UfJ mich nur nach der Frage der Wiedervereinigung, die seinerzeit in Ost und West im Gespräch war, aus westlicher Sicht informieren wollte.

Ziel aller Willkürmaßnahmen der Stasi war, dem Inhaftierten seine eigene Identität und damit seine Persönlichkeit zu nehmen: Er verlor seinen Namen und wurde daher „entpersonalisiert“. Er war ein Nichts, nur eine Nummer.

Ich war „D167“.

Dazu kam die völlige Isolierung. Vier Monate hatte ich von meinen

Angehörigen keine Nachricht bekommen und sie nicht von mir. Kein Laut, kein Vogelruf, kein Sonnenstrahl drang in die halbdunkle Zelle. Nur wie aus weiter Ferne waren Kirchenglocken zu hören. In der Verlassenheit klangen sie wie ein Wort Gottes. Keine Bibel, kein Buch, keine Zeitung; weder Schreibpapier noch Schreibzeug; kein Tisch, kein Stuhl, an dem man sich mal anlehnen konnte, gab es in der Zelle. Klopfzeichen unter den Inhaftierten in den Nachbarzellen waren verboten und wurden bestraft.

Folgeschwer war auch die systematische Zerrüttung und Zerstörung der Familien der Häftlinge, was auch meine Frau und unsere beiden minderjährigen Töchter erfahren mussten. Eine längere Zeit jeder vom anderen getrennt, durchlebten wir einen bitteren Lebensabschnitt. Die Standfestigkeit meiner Frau führte zum Nervenzusammenbruch mit schweren Folgen und langen Leiden.

Zu allem kamen die ständigen Gemeinheiten und Schikanen: Steh-Zelle, Dunkelzelle „Tigerkäfig“, Handgreiflichkeiten auf dem Wege zu den Verhören, sowie Schlafentzug bei wiederholter Nichteinhaltung der Schlafvorschriften mit festgelegter Haltung der Hände und des Kopfes, der auch während des Schlafes mit Blick auf die Zellentür ausgerichtet sein musste. Dazu brannte ständig das Licht in der Zelle.

Drei Wochen vor meiner Verurteilung hörten die Verhöre auf, und in meine Zelle kam ein Mitglied der Zeugen Jehovas aus Wernigerode. Mit ihm war auch seine schwerkranke, vor einer Unterleibsoperation stehende Frau verhaftet worden, die trotz Schmerzen erst entlassen wurde, als sie die Namen anderer Zeugen Jehovas nannte, mit denen sie Bibeln aus Westberlin geholt hatte.

Am 17.01.1956 wurde ich vom Obergericht (Oberlandesgericht) zu vier Jahren Haft wegen „Kriegs- und Boykotttätze“ nach Artikel 6(2) der DDR Verfassung verurteilt.

Nach der Zellenhaft im „Roten Ochsen“ und in Naumburg kam ich nun ins Strafarbeitslager Volkstedt im Mansfelder Kupferschiefer-Bergbaurevier und zur Untertage-Arbeit im Ernst Thälmann-Schacht.

Da ich die Arbeit im Schacht nicht durchhielt, kam ich einige Tage später zur August-Bebel-Hütte in Helbra zur Produktion von Pflastersteinen aus arsen- und dioxinhaltiger Schieferschlacke. In heißen Gruben mussten wir täglich sieben Stunden gebückt arbeiten mit einem Tages-Soll von 350 Pflastersteinen. Für einwandfreie „Exportsteine“, die auch in die Bundesrepublik und zur HSB in Heidelberg gingen, gab es „Strafrabatt“. Bei Ausbruch des Ungarnaufstandes 1956 kam ich mit 27 Mithäftlingen aus Sicherheits-



Ich war "D167" -
Hans-Joachim Kögel:
Autor dieses Beitrags, mit
89 Jahren immer
noch eine Stütze der VOS.

gründen vorübergehend hinter Schloss und Riegel.

Nachdem ich mit Hilfe anderer Haftkameraden vier Monate mit „Strafrabatt“ herausgearbeitet hatte, wurde ich wegen einer schweren Lebererkrankung Ende 1957 aus der Haft entlassen und konnte zu meiner Familie zurückkehren.

Nach unserer gemeinsamen Flucht nach Westberlin fanden wir in Heidelberg wieder eine neue Heimat. Hier entdeckte ich zwischen den Straßenbahngleisen Pflastersteine, von denen ich über 100.000 – oft genug unter Schweiß und Tränen – unfreiwillig hatte produzieren müssen.

Nach Öffnung der Stasi-Akten stellte ich in meinem Aktenband mit 373 Seiten fest, dass wir bereits acht Monate vor meiner Verhaftung beobachtet und noch 16 Jahre nach unserer Flucht in Heidelberg observiert worden waren.

Hans-Joachim Kögel

Tod in Bulgarien – die bisher nur wenig beachteten Fälle

Ein interessanter Vortrag mit konkretem Hintergrundmaterial

Am Donnerstag, 15. April, fuhren wir nach Suhl, wo in der dortigen Stelle der Gauck-Birthler-Behörde Prof. Dr. Stefan Appelius/Oldenburger über „Tod in Bulgarien“ sprechen sollte. Ich hatte zwei Jahre zuvor, als wir noch in Bad Rodach wohnten, mit ihm gemailt, kannte also sein Forschungsgebiet und war sehr gespannt auf diesen Vortrag.

Der Vortragssaal war gut gefüllt. Der Vortrag begann um 19.30 und dauerte bis 21.00 Uhr. Danach war Diskussion. Stefan Appelius bot zuerst einen einführenden Teil und kam dann auf einen konkreten Fall zu sprechen. Junge, fluchtwillige DDR-Bürger wären der irrigen Auffassung gewesen, die bulgarisch-griechische Grenze wäre nur schwach bewacht gewesen und leicht zu überschreiten.

Das Gegenteil war der Fall! Rund 5.000 DDR-Flüchtlinge hätten die Flucht dort versucht, rund 200 wären erschossen worden. Die Bulga-

ren hätten auch dann ganze Familien (Männer, Frauen, Kinder) mit Kalaschnikow-Salven niedergemäht, wenn sie ihrer leicht hätten habhaft werden können.

Berichtet wurde der Fall eines Leipziger Liebespaares, das schon festgenommen worden war und Stunden später im Hof der Kaserne der Grenzwächter an die Wand gestellt und erschossen wurde.

Der konkrete Fall betraf zwei junge Leute aus der Kreisstadt Hildburghausen in Thüringen, das von meiner Heimatstadt Rodach in Oberfranken nur elf Kilometer entfernt liegt. Sie waren 19 und 26 Jahre alt und fuhren mit einem Motorrad nach Bulgarien und wurden dort erschossen. Ob beide flüchten wollten oder nur einer, blieb ungeklärt.

Im Publikum freilich saßen die Mutter des einen Erschossenen und die Geschwister des anderen. Die Mutter hatte über Jahre hinweg, sehr hartnäckig und zielbewusst

und stark bedrängt von der Staatssicherheit, immer darauf bestanden, dass die sterblichen Überreste ihres Sohnes nach Hildburghausen überführt wurden, was sie dann auch erreichte.

Dieser Vortrag hätte nun eigentlich in Hildburghausen (Thüringen) stattfinden sollen, was aber von den dortigen Behörden verhindert wurde.

Stefan Appelius hofft nun, den Vortrag im Jahr 2011 zum 50. Jahrestag des Mauerbaus nachholen zu können. Meine Frau wunderte sich, dass die Mutter des einen Erschossenen in der Diskussion immer wieder darauf bestand, dass ihr Sohn überhaupt nicht hätte fliehen wollen. Das klang so, als wäre sie überzeugte Genossin gewesen und als hätte es keine Gründe gegeben, die DDR zu verlassen!

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Leugnungsverbot ist Schritt in Richtung Aufarbeitung

Ungarn stellt Diktatur-Leugnung unter Strafe

Ungarn unternimmt einen deutlichen Schritt in Richtung konsequente Diktatur-Aufarbeitung. In einer Sitzung Anfang Juni beschloss das ungarische Parlament, das Leugnen der Verbrechen des Kommunismus unter Strafe zu stellen. Eine entsprechende Novelle des Strafgesetzbuches nahm die Volksvertretung mit den Stimmen des regierenden rechts-konservativen Bundes Junger Demokraten (FIDESZ) an.

Im Februar dieses Jahres hatte die damalige sozialistisch-liberale Mehrheit bereits das Leugnen des Holocausts verboten.

Die nunmehr gebilligte Regelung sieht vor, dass mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren belegt werden kann, wer „den vom nationalsozialistischen oder vom kommunistischen System begangenen Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, in Zweifel zieht oder in ihrer Bedeutung herabmindert“.

Ähnliche Maßnahmen wurden bereits in anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks eingeleitet. Insbesondere in den baltischen Staaten, die als damalige Bestandteile der Sowjetunion viereinhalb Jahrzehnte kommunistische Zwangsherrschaft zu erleiden hatten, wird ein Verbot der Leugnung kommunistischer Verbrechen stark thematisiert. Die drei baltischen Länder waren während des Zweiten Weltkrieges durch das Stalin-Regime gewaltsam an die Sowjetunion ange-

gliedert worden und kamen erst 1991 unter großen Anstrengungen frei.

B. Thonn

Griff in die Mottenkiste

Nominierung von Jochimsen als Kandidatin ist für VOS völlig unpassend

Nachdem die SPD und die Grünen/B'90 mit dem Vorschlag, Joachim Gauck für die Wahl des Bundespräsidenten kandidieren zu lassen, bei der Linken für Empörung gesorgt haben, stellte diese nun eine eigene, von vornherein allerdings chancenlose Kandidatin auf. Hier handelt es sich um die Linken-Abgeordnete Jochimsen, deren Nominierung vom größten Opferverband kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland, der VOS, stark kritisiert wurde. In einer Presseerklärung vom 8. Juni bezeichnet der Bundesvorstand der VOS die Kandidatur Frau Jochimsens als „Griff in die Mottenkiste der West-Linken“. Die 74-Jährige Linkspolitikerin habe in den vergangenen Jahren vor allem mit Vorschlägen Furore gemacht, die jedes Geschichtsbewusstsein vermissen lassen.

Hugo Diederich, stellvertretender VOS-Bundesvorsitzender, erklärt: „Wer wie Frau Jochimsen die Regelüberprüfung im öffentlichen Dienst abschaffen will und die Stasi-Spitzel im Brandenburger Landtag verteidigt, beweist seine fehlende Eignung für das höchste Staatsamt. Sie steht nicht für Überparteilichkeit, die für das Amt aber unverzichtbar ist. Vielmehr versucht die einst respektierte Fernsehjournalistin, mit der üppigen ARD-Pension in der Tasche, die SED-Nachfolgepartei salonfähig zu machen.“

Fraglich ist vor allem, ob Jochimsen mit den Privilegien der ehemaligen West-Bürgerin überhaupt einen realen Rückblick auf die Zustände der DDR und somit deren geschichtlicher Bedeutung findet.

H.D.

Kommt SED-Geld bei Opfern an?

*Diktaturen-Vergleich sollte auch Aufschlüsse
über Entschädigungsanspruch bringen*

Auf dem diesjährigen Bautzen-Forum wurde viel über die neuerdings wieder ins Gespräch gekommenen SED-Gelder, die laut Gerichtsbeschluss zurückzahlen sind, gesprochen. Prompt meldeten alle echten und weniger echten Opfer des Kommunismus irgendwelche Ansprüche an.

Am letzten Tag, dem 7. Mai meldete ich mich spontan in der Diskussionsrunde mit der Forderung, nicht immer nur über die Verbrechen der Nazis zu reden, sondern nun auch endlich über die der Kommunisten und den daraus erwachsenen Schäden für die Opfer. Meine Wortmeldung wurde von den Anwesenden mit Beifall bedacht. Mit einigen Verbandsfunktionären stimmte ich mit meinen Befürchtungen überein, dass große Teile der bisher gewährten Gelder nicht bei den Opfern ankommen, sondern in den Taschen zweifelhafter Organisationen oder bei Leuten landen, die gar keinen direkten Anspruch darauf haben.

Natürlich vertrete ich auch in der Frage des Diktaturvergleichs eine Meinung, und mit dieser möchte ich nicht hinter dem Berg halten.

Wer immer nur auf die Verbrechen der Nazis hinweist und jene des kommunistischen Regimes unerwähnt lässt, verharmlost oder gar schönredet, will in erster Linie von den Verbrechen der Kommunisten ablenken. Die Hauptaufgabe bei der Bewältigung einer Diktatur sollte es sein, allen Opfern Gerechtigkeit zu gewähren.

Die Opfer der ersten deutschen Diktatur sind entschädigt worden, sogar die Kinder und Enkel werden nach dem Bundesentschädigungs-Gesetz noch mit Zuwendungen bedacht. Die Opfer der kommunistischen Diktatur, sofern sie das Rentenalter noch nicht erreicht haben, müssen hingegen permanent als Bitsteller vorstellig werden und selbst für die inzwischen gewährte Ehrenpension ihre Bedürftigkeit nachweisen. Und das nicht nur einmal, sondern im Abstand von zwei Jahren.

Zurzeit wird viel über die Verwendung des SED-Vermögens diskutiert, zumal ja durch einen Gerichtsbeschluss nach langem Gezerre endlich wieder Mittel freigesetzt werden. Die einzige richtige Verwendung kann nur sein, das Geld den Opfern der SED-Diktatur direkt zukommen zu lassen. Nach dem Zweiten SED-Unrechtsbereinigungs-Gesetz gibt es eine amtliche Feststellung, wie viele Jahre man politisch verfolgt wurde. Aus diesen Datensätzen lässt sich leicht der Anspruch eines jeden Opfers berechnen. In meinen Augen wäre es ausgleichende Gerechtigkeit.

Ewald Kurbiuhn

Umzug – neue Adresse

**Die Stiftung für
ehemalige politische Häftlinge**

zieht um: Wir haben in den letzten Tagen den ersten Teil unseres Umzugs erfolgreich erledigt. Zum

1. Juli 2010

sind wir dann unter der Adresse

**An der Marienkapelle 10
53179 Bonn**

zu erreichen.

Mailadressen und Telefon-/Faxnummern
bleiben unverändert.

A C H T U N G

**DIE NÄCHSTE AUSGABE DER
FREIHEITSGLOCKE**

**Erscheint als Doppelausgabe
und wird erst im August 2010
ausgeliefert!**

Komintern-Schule lag in Baschkirien und nicht in Kasachstan

Hinweis zu einem Beitrag in Fg 691

In der Fg-Ausgabe 691 vom Mai 2010 wurde auf Seite 14 im Beitrag „Geschichte als Klassenauftrag“ die Komintern-Schule in Kuschnarenkowo erwähnt. Wir erhielten den Hinweis eines Lesers, dass diese „Schule“ nicht (!) in Kasachstan, sondern in Baschkirien (westlicher Ural) nördlich der Stadt Ufa liegt. Die Information beruht auf dem Stand des sowjetrussischen Autoatlas‘ aus dem Jahr 1970.

Nationales Gedenken in Karlsruhe

Martin Hoffmann hält Vortrag über den Volksaufstand 1953 in Mitteldeutschland

☞ Als „Tag des nationalen Gedenkens“, der dem Widerstand gegen Diktatur und Menschenrechtsverletzungen, aber auch den Opfern des Stalinismus, die brutal verfolgt wurden, gewidmet ist, bezeichnete Kamerad Dr. Martin Hoffmann den 17. Juni, ehemals auch Feiertag in der Bundesrepublik. Er hielt in Karlsruhe zu diesem Thema einen Vortrag und setzte damit seine Aktivitäten zur Geschichtsaufarbeitung fort.

Wir trauern um

**Gerhard Ebel
Klaus-Günther Kujath
Walter Glomp**

**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr
Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha
Bezirksgruppe München**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Wird die VOS bei der Wahl des Bundespräsidenten mitstimmen?

Bernd Müller-Kaller vorläufig noch Ersatzmitglied in der Bundesversammlung

Anerkennenswert für die VOS und auch für unser Mitglied Bernd Müller-Kaller, Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS), ist die Tatsache, dass ihn die sächsische CDU-Landtagsfraktion als Ersatzmitglied für die 14. Bundesversammlung einstimmig nominiert hatte.



Die Mitglieder der Bundesversammlung wählen am 30. Juni den neuen deutschen Bundespräsidenten. Ronald Lässig, stellvertretender VOS-Bundesvorsitzender erklärt hierzu: „Die Nominierung von Bernd Müller-Kaller ist eine große Ehre für unseren Verband. Damit würdigt die sächsische CDU-Fraktion das herausragende Engagement der VOS bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur.“

Der sächsische Landesvorsitzender hat sich hohe Wertschätzung erworben und ist deshalb bestens geeignet, an einer verantwortungsbewussten Wahl des künftigen Staatsoberhauptes mitzuwirken.“ Bernd Müller-Kaller aus Stolpen war bis Dezember 1989 aus politischen Gründen inhaftiert. Seit der Wiedervereinigung leistet der 71-Jährige eine qualifizierte Beratung und Betreuung ehemals politisch Verfolgter. 2008 wurde er als kompetentes und aktives Mitglied unseres Verbandes zum VOS-Landeschef in Sachsen gewählt. Kamerad Müller-Kaller ist auch Vertreter der VOS im Rundfunkrat des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) und hat sich auch durch diese Tätigkeit hohe Wertschätzung erworben.

Hugo Diederich



Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit mit dem stellvertretenden VOS-Bundesvorsitzenden Ronald Lässig bei der Gedenkveranstaltung zum Volksaufstand vom Juni 1953

Im Rahmen der Gedenkveranstaltung zum 17. Juni zeigte sich Klaus Wowereit während eines Gesprächs mit Ronald Lässig sehr aufgeschlossen für die Probleme und Wünsche der politischen Haftopfer von SBZ und DDR.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Gestaltung: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

**Die nächste Ausgabe (693/4) erscheint
im August 2010 als Doppelausgabe**

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 692: 18. Juni 2010